Wahlordnung Stadtseniorenrat Konstanz

Übersicht:

§ 1 Geschäftsstelle

§ 2 Wahlprüfungsausschuss

§ 3 Wahltag

§ 4 Bekanntmachung der Wahl

§ 5 Wahlmodus

§ 6 Wahlberechtigung und Wählbarkeit

§ 7 Wählerliste

§ 8 Kandidatenliste

§ 9 Wahlunterlagen

§ 10 Stimmabgabe

§ 11 Wahlhelfer

§ 12 Ergebnisermittlung

§ 13 Feststellung des Wahlergebnisses und Verteilung der Sitze

§ 14 Wahlprüfung

§ 15 Wiederholungswahl

§ 16 Fristen und Termine

§ 17 Konstituierende Sitzung

§ 19 Mitteilung an die Gemeinde

Im Folgenden wird aus Gründen der Lesbarkeit auf die weibliche Form verzichtet

Die Wahlordnung regelt die Vorbereitung und Durchführung der Wahl zum Stadtseniorenrat Konstanz nach § 1 der Satzung vom 08.12.2022

§ 1 Geschäftsstelle

- (1) Die Stadtverwaltung benennt die Geschäftsstelle und die Geschäftsstellenleitung innerhalb der Stadtverwaltung.
- (2) Die Geschäftsstelle ist für die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Wahl verantwortlich. Sie ermittelt das Wahlergebnis und entscheidet über die Gültigkeit der abgegebenen Stimmen und über alle bei den Wahlhandlungen und bei der Ermittlung des Wahlergebnisses sich ergebenden Anstände.
- (3) Sie ist insbesondere zuständig für:
 1. Prüfung der eingereichten Bewerbungsunterlagen
 2. Erstellung der Wahlunterlagen
 3. Rechtzeitige Zustellung der Briefwahlunterlagen

§ 2 Wahlprüfungsausschuss

- (1) Der Wahlprüfungsausschuss besteht aus 4 vom Gemeinderat benannten Personen. Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses dürfen nicht zugleich Bewerber zur Wahl sein.
- (2) Der Wahlprüfungsausschuss ist zuständig für Beschwerden von Bewerbern bezüglich der Bewerbungen und die Prüfung von Wahleinsprüchen. Er konstituiert sich vor Ablauf der Bewerbungsfrist. Der Wahlprüfungsausschuss bestimmt unverzüglich nach seiner Konstituierung sein Büro und macht dieses sowie die Namen der Mitglieder durch öffentlichen Aushang bekannt.
- (3) Er bestimmt einen Vorsitzenden, einen Stellvertreter und einen Schriftführer.
- (4) Der Wahlprüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind. Er entscheidet mit der Mehrheit der Anwesenden. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.
- (5) Der Wahlprüfungsausschuss hat darauf zu achten, dass die Wahl und das Wahlprüfungsverfahren den Wahlgrundsätzen entsprechen.

§ 3 Wahltag

Der Wahltag wird von den Mitgliedern des Stadtseniorenrates in Absprache mit der Stadtverwaltung spätestens 6 Monate vorher festgelegt.

§ 4 Bekanntmachung der Wahl

- (1) Die Geschäftsstelle gibt den Wahltag spätestens 4 Monate vor dem Wahltag öffentlich bekannt und fordert zur Kandidatur auf. Bewerbungen müssen 3 Monate vor dem Wahltag eingegangen sein. Auf die Einhaltung der Bewerbungsfrist ist eigens hinzuweisen.
- (2) Die Wahlbekanntmachung enthält den Tag der Wahl, die Modalitäten des Wahlverfahrens, Grundsätze der Wahlberechtigung und Wählbarkeit, die Art und Weise der Stimmabgabe, Zahl der Stimmen je Wähler, die Frist für die Bewerbung zur Wahl sowie die Geschäftsstelle und ihre Öffnungszeiten. Des Weiteren ist darauf hinzuweisen, dass Einsprüche der Bewerber oder gegen die Wahl an den Wahlprüfungsausschuss zu richten sind.

§ 5 Wahlmodus

Die Wahl wird als reine Briefwahl durchgeführt. Für die Stimmabgabe bildet die Gemeinde einen einzigen Wahlbezirk.

§ 6 Wahlberechtigung und Wählbarkeit

- (1) Wahlberechtigt sind alle mit Hauptwohnsitz in Konstanz ansässigen Einwohner (Mindestwohndauer 3 Monate), die im Wahljahr 60 Jahre alt werden oder älter als 60 Jahre sind
- (2) Jeder Wahlberechtigte kann sich als Bewerber für die Wahl zur Verfügung stellen.

§ 7 Wählerliste

- (1) In einer Wählerliste sind alle Wahlberechtigten einzutragen. Die Wählerliste wird auf Basis des Melderegisters erstellt.
Die Geschäftsstelle genügt der von ihr zu fordernden Sorgfalt, wenn sie Wahlunterlagen oder sonstige individuelle Mitteilungen an Wahlberechtigte an die Anschrift absendet, die aus der Wählerliste ersichtlich ist. Sie ist nicht verpflichtet, Nachforschungen zur Ermittlung der richtigen Anschrift einzuleiten, falls Unterlagen unzustellbar sind. Sie gibt öffentlich bekannt, wo nicht zugestellte Wahlunterlagen von den Wahlberechtigten abgeholt werden können. Enthält die Wählerliste offensichtliche Fehler, Unstimmigkeiten oder Schreibversehen von Amts wegen, werden diese durch die Geschäftsstelle berichtigt.
- (2) Die Wählerliste muss durch die Geschäftsstelle neu eröffnet werden, wenn die Wahl wiederholt wird.

§ 8 Kandidatenliste

- (1) In die Kandidatenliste wird jeder Wahlberechtigte aufgenommen, der fristgerecht drei Monate vor der Wahl seine Bewerbung eingereicht hat. Die Bewerbung ist schriftlich bei der Geschäftsstelle einzureichen. Mit Angabe von Namen, Vornamen, Geburtsdatum, Anschrift, Beruf/ Stand und Staatsangehörigkeit. Mit seiner persönlichen Unterschrift bestätigt der Bewerber sein Einverständnis mit der Kandidatur.
- (2) Die Geschäftsstelle vermerkt auf jeder Bewerbung, Tag und Uhrzeit des Eingangs und prüft unverzüglich, ob die eingegangenen Bewerbungen vollständig sind und den durch diese Wahlordnung aufgestellten Anforderungen genügen. Stellt sie Mängel fest so benachrichtigt sie sofort den Bewerber und fordert diesen auf, behebbare Mängel innerhalb von vier Werktagen zu beseitigen.
- (3) Die Geschäftsstelle entscheidet unverzüglich nach Ablauf der Bewerbungsfrist über die Zulassung der Bewerbungen. Bewerbungen, die verspätet eingereicht werden oder den durch diese Wahlordnung aufgestellten Anforderungen trotz Aufforderung zur Vervollständigung, beziehungsweise zur Mängelbeseitigung nicht genügen, sind nicht zugelassen.
- (4) Die Geschäftsstelle benachrichtigt unverzüglich den nicht zugelassenen Bewerber unter Angaben von Gründen.
- (5) Für die Wahl müssen mindestens 15 Bewerber zur Verfügung stehen. Sofern Bewerber in ausreichender Zahl zum Zeitpunkt der Schließung der Bewerbungslisten nicht zur Verfügung stehen, verlängert die Geschäftsstelle die Bewerbungsfrist um zehn Tage und gibt dies öffentlich bekannt. In dieser Bekanntmachung fordert sie zur Bewerbung auf. Falls nach Verstreichen dieser Nachfrist keine 15 gültigen Bewerbungen vorliegen, ist von der Geschäftsstelle ein neuer Wahltermin zu benennen. Bis dahin eingegangene Bewerbungen behalten ihre Gültigkeit.

- (6) Die Geschäftsstelle erstellt nach Ablauf der Bewerbungsfrist einen Stimmzettel mit den zugelassenen Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge.

§ 9 Wahlunterlagen

- (1) Für die Erstellung der für die Wahl erforderlichen Unterlagen ist die Geschäftsstelle verantwortlich
- (2) Die Briefwahlunterlagen enthalten: Stimmzettel und Wahlumschlag, Erläuterung zur Stimmabgabe sowie eine Kandidatenliste mit kurzer Personenbeschreibung. Stimmzettel und Wahlumschlag dürfen keine Merkmale zur Identifizierung des Wählers enthalten.
- (3) Die Wahlunterlagen sind den Wahlberechtigten spätestens bis zum 12. Werktag vor dem Wahltag zuzustellen.
- (4) Alle Mitglieder der Geschäftsstelle und des Wahlprüfungsausschusses sind verpflichtet zur unparteiischen Wahrnehmung ihres Amtes und zur Verschwiegenheit über die Ihnen bei ihrer Tätigkeit bekannt gewordenen Tatsachen, insbesondere über alle dem Wahlgeheimnis und Datenschutz unterliegende Angelegenheiten.
- (5) Alle Wahlunterlagen und insbesondere die Wählerlisten, sind so zu verwahren, dass sie gegen Einsichtnahme durch Unbefugte geschützt sind. Unbefugt ist jeder, der nicht gemäß § 9 Abs. 4 zur Verschwiegenheit verpflichtet ist.
- (6) Soweit die Wahlunterlagen zur nächsten Wahl nicht wiederverwendet werden können, sollen sie drei Monate nach der Wahl vernichtet werden, jedoch erst nach Abschluss von laufenden Wahleinsprüchen oder Wahlprüfungsverfahren.
- (7) Verschiedene oder unbrauchbar gewordenen Stimmzettel oder Wahlumschläge sind nur gegen Rückgabe zu ersetzen.

§ 10 Stimmabgabe

- (1) Die Stimmabgabe erfolgt durch Briefwahl. Der vom Wähler gekennzeichnete Stimmzettel wird in den Wahlumschlag gelegt und dieser verschlossen. Der Wähler übersendet diesen für ihn kostenfrei an die Geschäftsstelle. Der Wähler ist für den rechtzeitigen Zugang verantwortlich.
- (2) Die eingegangenen Wahlbriefe sind sicher und ungeöffnet aufzubewahren auf den verspätet eingegangenen Wahlbriefen ist Tag und Uhrzeit des Eingangs zu vermerken und ein Handzeichen anzubringen, die Stimmabgabe ist ungültig.
- (3) Die Stimmabgabe durch Briefwahl gilt als rechtzeitig erfolgt, wenn der Wahlbrief am Wahltag bis 10:00 Uhr der Geschäftsstelle zugegangen ist.
- (4) Die Stimmabgabe kann nur persönlich erfolgen. Eine Stellvertretung ist ausgeschlossen. Die abgegebene Stimme eines Wählers wird nicht dadurch ungültig, dass er vor dem Wahltag stirbt oder sein Wahlrecht verliert.
- (5) Jeder Wähler hat insgesamt 10 Stimmen. Jeder Wähler kann pro Kandidat nur eine Stimme vergeben.
- (6) Die Wahl erfolgt durch eine positive Kennzeichnung. D.h., die ausgewählten Namen werden auf dem Stimmzettel an der dafür vorgesehenen Stelle gekennzeichnet.

§ 11 Wahlhelfer

- (1) Die Geschäftsstelle kann rechtzeitig vor der Wahl Wahlhelfer berufen. Aufgabe der Wahlhelfer ist es, die Geschäftsstelle bei der Ergebnismitteilung zu unterstützen.
- (2) Die Geschäftsstelle verpflichtet die Wahlhelfer vor Beginn ihrer Tätigkeit zur unparteiischen Wahrnehmung des ihres Amtes und zur Verschwiegenheit, über die Ihnen bei ihrer Tätigkeit bekannt gewordenen Tatsachen, insbesondere über alle dem Wahlgeheimnis und Datenschutz unterliegenden Angelegenheiten.

§ 12 Ergebnisermittlung

- (1) Nach Beendigung der Wahlzeit beginnt die Geschäftsstelle mit der Ergebnisermittlung. Die Ergebnisermittlung ist öffentlich.
- (2) Die Auszählung erfolgt durch die Geschäftsstelle sowie eventuell weitere Wahlhelfer am Wahltag. Die Wahlurne wird geöffnet, die Zahl der in der Urne eingelegten Wahlumschläge wird festgestellt. Danach werden die Wahlumschläge geöffnet und die Stimmzettel entnommen.
- (3) Abgegebene Stimmen sind ungültig, wenn
 1. Der Stimmzettel oder Wahlumschlag ein äußeres Merkmal aufweist, durch das das Wahlgeheimnis nicht mehr gewährleistet ist,
 2. Der Stimmzettel nicht in einem Wahlumschlag oder einem nicht verschlossenen Wahlumschlag abgegeben wurde,
 3. Nicht der originale Stimmzettel, der für diese Wahl ausgegeben wurde, verwendet worden ist,
 4. der Stimmzettel, einen diskriminierenden Zusatz oder einen Vorbehalt enthält,
 5. der Stimmzettel keine gültigen Stimmen enthält,
 6. mehr als zehn Bewerber gekennzeichnet wurden,
 7. der Wahlumschlag keinen Stimmzettel enthält,
 8. der Wahlumschlag mehr als einen Stimmzettel enthält,
 9. der Stimmzettel durchgestrichen, zerrissen oder durchgeschnitten ist
 10. Sich der Wille des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lässt

§ 13 Feststellung des Wahlergebnisses und Verteilung der Sitze

- (1) Die Geschäftsstelle stellt das endgültige Wahlergebnis fest.
- (2) Dieses ist in der Wahl Niederschrift zu protokollieren und unverzüglich mündlich bekannt zu machen. Die Wahl Niederschrift soll insbesondere den Gang der Wahlhandlung und besondere Vorkommnisse festhalten. Sie wird von der Leitung der Geschäftsstelle unterzeichnet und ist zu den Wahlakten zu nehmen.
- (3) Das endgültige Wahlergebnis ist unverzüglich öffentlich bekannt zu machen.
- (4) Die Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses muss enthalten:
 1. die Zahl der Wahlberechtigten,
 2. die Zahl der abgegebenen Stimmzettel,
 3. die Zahl der ungültigen Stimmzettel,
 4. die Zahl der gültigen Stimmen, die auf die einzelnen Bewerber entfallen,
 5. die Benennung der gewählten Bewerber und Ersatzbewerber,
 6. das Datum und die Uhrzeit der Feststellung.
- (5) Die 10 Bewerber mit den höchsten Stimmenzahlen sind in der Reihenfolge der enthaltenen Stimmen gewählt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Die nicht gewählten Bewerber sind in der Reihenfolge, der auf sie entfallenden Stimmenzahl als Ersatzkandidaten festzustellen.
- (6) Unmittelbar nach der Auszählung werden die Gewählten und die Ersatzkandidaten durch die Geschäftsstelle schriftlich über das Wahlergebnis informiert und die Gewählten gebeten, die Annahme der Wahl zu bestätigen.
- (7) Bei dauernder Verhinderung oder Tod eines Kandidaten vor der Wahl, sind die auf diesen Kandidaten entfallenden Stimmen gültig, ohne dass sie auf andere Kandidaten verteilt werden.
- (8) Für den Fall, dass ein Seniorenratsmitglied nach der Wahl zurücktritt oder aus sonstigen Gründen ausscheidet, entscheidet der Stadtseniorenrat gemäß § 5 Nr. 4 der Satzung vom 08.12.2022

§ 14 Wahlprüfung

- (1) Gegen die Wahl kann von der Geschäftsstelle, jedem Wahlbeobachter, jedem Bewerber oder Wahlberechtigten innerhalb einer Woche nach der öffentlichen Bekanntmachung des Wahlergebnisses beim Wahlprüfungsausschuss schriftlich Einspruch wegen eines Verstoßes gegen zwingende Wahlvorschriften erhoben werden.
- (2) Ein Einspruch gegen die Wahl mit der Begründung, dass ein Wahlberechtigter, an der Ausübung seines Wahlrechtes gehindert gewesen sei, weil er nicht oder nicht richtig in die Wählerliste eingetragen wurde, oder dass eine Person an der Wahl teilgenommen habe, die zwar in die Wählerliste eingetragen, aber nicht wahlberechtigt war, ist nicht zulässig.
- (3) Kommt der Wahlprüfungsausschuss zu der Überzeugung, dass der vom Einspruchsführer vorgetragene Verstoß vorliegt und dieser Verstoß das Ergebnis der Wahl beeinflussen könnte, erklärt er die Wahl für ungültig und unterrichtet die Geschäftsstelle sowie den Vorstand des Stadt seniorenrats.
- (4) Gehen innerhalb der in Abs. 1 genannten Frist keine Einsprüche gegen die Wahl ein, bestätigt die Geschäftsstelle durch Beschluss das endgültige Wahlergebnis.
- (5) Entschidet der Wahlprüfungsausschuss über Anträge auf Wahlprüfung abschlägig, hat er die Geschäftsstelle, den Vorstand des Stadt seniorenrates sowie den Einspruchsführer zu unterrichten,
- (6) Der Wahlprüfungsausschuss entscheidet abschließend.

§ 15 Wiederholungswahl

- (1) Wird die Wahl vom Wahlprüfungsausschuss für ungültig erklärt, soll eine Wiederholungswahl zum nächstmöglichen Zeitpunkt stattfinden.
- (2) Im Fall einer Wiederholungswahl führt der amtierende Stadt seniorenrat, die laufenden Geschäfte kommissarisch fort
- (3) Für die Wiederholungswahl gelten die gleichen Regeln wie bei einer Neuwahl. Die Fristen für die Durchführung der Wahl können angemessen reduziert werden. Stimmzettel und Wahlvorschläge werden ungültig.

§ 16 Fristen und Termine

Die in dieser Wahlordnung genannten Fristen und Termine verlängern oder ändern sich nicht dadurch, dass der letzte Tag der Frist oder ein Termin auf einen Samstag, einen Sonntag oder einen gesetzlichen Feiertag fällt.

§ 17 Konstituierende Sitzung

- (1) Die Geschäftsstelle lädt nach Ablauf und ungenutzter Einspruchsfrist unverzüglich die neu gewählten Mitglieder sowie die abgewählten Mitglieder zu einer gemeinsamen Sitzung ein. Bis dahin führt der abgewählte Stadt seniorenrat die Geschäfte kommissarisch fort.
- (2) Tagesordnungspunkte der Sitzung sind:
 - die Konstituierung des neu gewählten Stadt seniorenrates und die Wahl des neuen Vorstandes
 - die Übergabe der Geschäfte
- (3) Bis zur Wahl der neuen Funktionsträger leitet die Geschäftsstelle die Sitzung.
- (4) Nach der Wahl übergibt der abgewählte Vorstand die Geschäfte.

§ 19 Mitteilung an die Gemeinde

Vom Ergebnis der konstituierenden Sitzung ist die Stadt Konstanz durch die Geschäftsstelle in Kenntnis zu setzen.

Diese Wahlordnung wurde vom Stadtseniorenrat in seiner Sitzung am 14.09.2023 beschlossen.